

**Presseerklärung zur Kritik der SPD zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2018 in den Kommunen
FDP und CDU stellen für 2018 100 Mio. mehr zur Verfügung als Rot-Grün in den letzten Jahren**

"Die SPD kritisiert, dass die Kommunen zu wenig Mittel mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2018 bekämen. Konkret kritisiert sie, dass die über den Landesanteil an der Umsatzsteuer fließenden Entlastungen nicht in der Berechnung der Finanzausgleichsmasse berücksichtigt würden. Der Städte- und Gemeindebund NRW und der Landkreistag NRW hatte die Berücksichtigung in seiner gemeinsamen Stellungnahme zur Beratung des GFG 2018 gefordert, „für den Fall, dass eine Weitergabe des NRW-Anteils der Integrationspauschale in Höhe von ca. 434 Mio. Euro an die Kommunen oder jedenfalls eines Teils dieser Mittel "ausbliebe", erklärt FDP-Fraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann.

Zwischenzeitlich hat die NRW-Koalition beschlossen, die Kommunen in diesem Jahr mit 100 Mio. Euro bei der Erfüllung der Integrationsaufgaben vor Ort zu unterstützen. Dies wurde ausdrücklich von den kommunalen Spitzenverbänden in Nordrhein-Westfalen begrüßt. Dazu ist ein eigenständiges Gesetz in Arbeit. Damit wird die Voraussetzung geschaffen, auch zukünftige Mittel für die Integrationsarbeit an die kommunale Familie weiterleiten zu können", so Heitmann.

Das Gemeindefinanzierungsgesetz 2018 basiert in seinen wesentlichen Parametern auf dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2017 der rot-grünen Vorgängerregierung. Es wurden mit Blick auf die Planungssicherheit der Kommunen zunächst kleinere Veränderungen vorgenommen. Weitere Änderungen stehen für die nächsten Jahre auf der Agenda. Insofern kritisiert die SPD indirekt ihre eigene Gesetzgestaltung des Gemeindefinanzierungsgesetzes, so die FDP.

In den Jahren 2016 und 2017 wurden den Kommunen unter Rot-Grün keinerlei Geldmittel aus der Integrationspauschale des Bundes weitergeleitet. Darüber hinaus hat die Fortschreibung der letztjährigen Mittelfristigen Finanzplanung durch die alte Landesregierung auch im Haushaltsjahr 2018 keine Weiterleitung der Integrationspauschale an die Kommunen vorgesehen.